

In der Hinterland #12 - was ist links? (nachzulesen auf www.hinterland-magazin.de) schrieb Caspar Schmidt im Artikel „Afghanistan den Afghanen“ über die seiner Meinung nach einfältige und bequeme Haltung großer Teile der „Linken“, die sich ganz im Sinne der sowjetischen Mobilisierung mit einfallsloser Imperialismuskritik und Friedensforschung begnügen, anstatt sich endlich von diesem Erbe zu befreien und so den Weg für weniger konforme und vereinfachende Betrachtungsweisen zu ebnet. Natürlich hat sich der Debattencaspar bei seiner Argumentation mal wieder so richtig ins Zeug gelegt, so dass es kaum verwundert, dass

seine Ansichten besonders bei vielen Linken größte Empörung hervorgerufen haben: Kritik erreichte die Hinterlandredaktion sowohl in wütenden Emails als auch in zahlreichen Kommentaren abends in der Kneipe; aber leider können wir sie in dieser Form nicht drucken.

Wir freuen uns deshalb umso mehr, dass sich die Gruppe [muc] münchen postkolonial die Mühe gemacht hat, ihre Kritik in einen Text zu packen. Vielen Dank dafür. Und zugleich soll das natürlich auch eine Ermunterung für alle anderen KritikerInnen sein, denn gute Kritik drucken wir gerne. Also ran an den Text!

Caspartheater

Eine Reaktion auf „Afghanistan den Afghanen“. Von [muc] münchen postkolonial

Nachdem wir den Beitrag des Debattencaspars „Afghanistan den Afghanen“ gelesen hatten, hätten wir tatsächlich gerne die vom Debattencaspar den vermeintlichen „sowjetischen Mobilisierungsoffern“ vorgeworfene Vogel-Strauss-Taktik angewandt und unsere Köpfe in den Sand gesteckt. Aber da wir als Gruppe [muc] münchen postkolonial schon einige Artikel in der *Hinterland* veröffentlicht haben und eigentlich gerne weiterhin dort schreiben würden, schien uns entsetztes und kopschüttelndes Schweigen eine denkbar schlechte Alternative. Gleichzeitig widerstrebt es uns nach wie vor, eine Auseinandersetzung mit einem Text zu führen, der uns so sehr von Arroganz und Ignoranz geprägt erscheint – für den Autor wohl provozierende Tugenden, in unseren Augen aber schlechte Ausgangsbedingungen für eine Analyse der komplexen Geschichte und Aktualität linker Positionierungen.

Wie also reagiert man auf eine alles andere als fundierte Polemik, die sich selbstgefällig als Generalabrechnung mit einer vermeintlich homogenen Linken der letzten 100 Jahre begreift? Im Folgenden werden wir einige zentrale Punkte des Textes herausgreifen und den dürftigen Argumentationslinien etwas entgegensetzen, anderes bleibt unbeachtet, auch wenn wir mit vielem Weiteren (im Debattencaspar-Text wie auch in der ganzen *Hinterland*-Ausgabe) nicht einverstanden sind.

Was bitte sind „sowjetische Mobilisierungsoffern“?

Selbst der Autor hätte zuallererst über den Begriff der „sowjetischen Mobilisierungsoffern“ stolpern müssen, als die er linke Aktivist_innen wohl zwischen den 1920er Jahren und der Jetztzeit beschreibt. Der Begriff Opfer kann in diesem Zusammenhang nur einer ziemlich kruden Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse entspringen, die die verschiedenen Generationen von Linken letztlich als passive und wehrlose Verführte „Leninscher Lehren“ beschreibt – linke Aktivist_innen also nicht als aktive, denkende AkteurInnen, die Verantwortung für ihr Handeln tragen, ernst nimmt. Die Geschichte einer heterogenen, häufig selbstkritischen, sicher auch in vielen Widersprüchen und vor allem in vielen Debatten verstrickten Linken über fast 100 Jahre als Geschichte unbelehrbarer „sowjetischer Mobilisierungsoffern“ zu beschreiben, ist bestenfalls bescheuert, lässt aber unweigerlich auf eine Sprecherposition schließen, die sich vielmehr selbst der Komplexität der Welt in geschichtsblinder Manier verweigert.

Besser Lenin auf dem Klo als Münkler im Gepäck.

Man muss auch nicht im Ansatz Leninist_in sein, um der Leninschen Schrift „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*“, einer streitbaren und gleichzeitig im historischen Entstehen von imperialismuskritischen Ansätzen nicht unwichtigen Schrift,

unvergleichbar mehr kritisches Potential zu entlocken als dem Artikel des Debattencaspars. Der Caspar scheint das Wort Imperialismus als Unwort zu begreifen – als simplifizierende Formel einer vermeintlich in erstarrten Kategorien verharrenden Linken, vor allen einer in seinen Augen total beschauerten Friedensbewegung, die ihren Fokus allein auf die USA als zentralen Feind richtet. Auch hier erscheint es schon fast absurd, erstmal darauf hinzuweisen, wie heterogen und kontrovers Interpretationen über den sehr komplexen Zustand der Welt in einer keineswegs homogenen antimilitaristischen Bewegung allein schon in Deutschland, das hier in unserem Fokus stehen soll, diskutiert werden. Dass unter dem Begriff Imperialismus auch wirkmächtige Analysen entfaltet wurden und werden, die zum Teil nur in ihrem historischen Kontext verstehbar, zum Teil überhaupt nicht nachvollziehbar sind und die die Welt zum Teil unzulässig vereinfachen und damit wichtige Aspekte von Herrschaftsverhältnissen ausblenden beziehungsweise reproduzieren, ist eine Tatsache, die immer Reaktionen und Auseinandersetzungen herausforderte und auch in Zukunft fordern wird.

Im Analyserahmen eines neuen, Neo- oder wie auch immer Imperialismus gilt es die Welt differenziert zu beleuchten und dabei sowohl die Rolle der USA als auch diejenige Europas und so weiter zu betrachten. Der Begriff Imperialismus hat dabei einen entscheidenden Vorteil, er benennt Herrschaftsverhältnisse. Und darauf wollen wir ungern verzichten!

Wir sind also gegen die „Tugend“ des Debattencaspars, den Begriff Imperialismus nur noch in Anführungszeichen und mit süffisanten Lächeln zu benutzen. Diese bewegt sich unserer Meinung nach in einer Logik, die sich weder mit der Gewalttätigkeit der globalen Macht-Verhältnisse noch mit Widersprüchlichkeiten innerhalb einer vielfältigen Linken in einer facettenreichen Welt befassen möchte. In solch einer Logik „gebettet“ stellt sich der Caspar dann lieber auf die Seite reaktionärer Positionen, die sich mit der Hegemonie einer sich als „guter Westen“ begreifenden herrschenden Politik – zwar auch nicht homogen, aber mächtig – im Rücken so schön einfach und „glatt“ vertreten lassen. Und landen tut er in etwa dort, wo Herfried Münkler über Imperien schwärmt: „Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.“

Macht Friedensbewegung Krieg?

Die Argumentation des Debattencaspars, die positive Bezugnahme einer imaginierten homogenen Friedensbewegung auf die Ideen des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität von Nationen (was ja grundsätzlich durchaus kritisch gesehen werden kann) führe automatisch zur Bejahung von Nation und in der Folge zu Krieg und Völkermord, bewegt sich nicht nur theoretisch auf sehr dünnem Eis, sondern ignoriert auch die Widersprüchlichkeiten, in denen sich antimilitaristische Bewegungen immer wieder verorten müssen und verorten. Dass diese Widersprüchlichkeiten sich jenseits von binären Denkstrukturen a la "wer nicht für uns ist, ist gegen uns" bewegen, mag in der Polemik eines Caspartheaters zwar nicht ganz so viel Spaß machen, würde aber den aktuellen Stand der Debatten weitaus zutreffender wiedergeben.

Verwickelte „Entwicklungshilfe“

Im Zuge der Polemiken auf „die“ antimilitaristische Linke – also auf seine Konstruktion der Linken – und vor allem die Häme gegen ein entschiedenes Eintreten gegen den Krieg der NATO-Truppen in

Illustration: Julia Jackel



Afghanistan verliert der Debattencaspar kein Wort über die Eskalation der Gewalt durch eben diesen Krieg. Was dieser konkret für die Bevölkerung bedeutet, lässt sich in einer Vielzahl linker Veröffentlichungen nachlesen. Im herrschenden Diskurs dagegen erscheint der Krieg häufig als „Entwicklungsprojekt“ – ein Diskurs, der als Subtext in Caspars Polemik drinsteckt und in seiner „Frauenrechts-Argumentation“ offensichtlich wird.

Afghanistan ist ein Experimentierfeld für eine Politik der zivil-militärischen Zusammenarbeit, bei der Soldat_innen Seite an Seite mit Entwicklungshelfer_innen, Diplomaten_innen und Polizeitrainer_innen agieren. Diese so genannten „Stabilisierungsoperationen“ – also Aufstandsbekämpfungseinsätze – werden voraussichtlich den künftigen Operationsschwerpunkt der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik darstellen. Der Politikwissenschaftler Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) beschreibt, wie in Afghanistan versucht wird, „zivile Akteure vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker in den Dienst der Besatzung zu stellen“. Und er beschreibt auch, wie diese „humanitären Helfer“ in den Augen der Bevölkerung so zu integralen Bestandteilen der Besatzung und damit zu

Gegner_innen und legitimen Anschlagzielen werden. Als Folge haben sich die Angriffe auf zivile Akteure derart gehäuft, dass sich mittlerweile viele Nichtregierungsorganisationen aus Afghanistan zurückziehen mussten. So gab zum Beispiel die Organisation Ärzte ohne Grenzen nach 24 Jahren ihr Engagement in Afghanistan auf. Ob das interessenfreie „Entwicklung“ ist, die „wir“ da bringen, lässt sich wohl – nicht erst seit den Äußerungen von Herrn Köhler – bezweifeln. (Eine Analyse der kolonialen und imperialen Kontinuitäten in jeglichem Entwicklungskonzept ersparen wir uns jetzt.)

Zivil-militärische Zusammenarbeit ist zumindest eindeutig auf die Umsetzung militärischer, nicht entwicklungspolitischer Ziele fokussiert (so fragwürdig diese ebenfalls sein mögen). Daraus macht die Bundeswehr kein Geheimnis. So heißt es auf ihrer Homepage: „Deutsche Soldaten im Auslandseinsatz reparieren Schuldächer oder bohren Brunnen – diese Bilder verbindet die Öffentlichkeit mit dem Begriff CIMIC (Civil Military Cooperation). Doch das ist nur die eine Seite: CIMIC ist keine Entwicklungshilfe, sondern Bestandteil der militärischen Operationsführung.“

Und die Frauenrechte?

Anders als der Caspar es darstellt, kann man Feminist_in sein und sich trotzdem schwer tun, die nachhaltigen Verbesserungen zu sehen, die es für Frauen in Afghanistan gegeben haben soll.

Konservative entdecken immer gerne die Frauenrechte und ihre Verteidigung für sich, wenn sie damit repressive (innenpolitische) beziehungsweise militärische (außenpolitische) Maßnahmen rechtfertigen können. Das ist in der deutschen Migrations- und Integrations-(bzw. Leitkultur-)debatte übrigens nicht anders. Die Alliierten verkauften den „War on Terror“ im Namen der Frauen, zu deren Unterdrückung die USA auch ihren Teil beigetragen hatten. Waren es doch vor allem die USA, denen die afghanische Revolution 1978 und die aufgeklärte Politik der jungen sozialistischen Regierung mit ihrem Entschuldungsprogramm, der Landreform, der Alphabetisierungskampagne speziell für Frauen oder dem Verbot des Brautpreises, ein Dorn im Auge war. Es waren die USA unter Präsident Carter, die diese Regierung mittels Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte wie den Taliban in einen blutigen Bürgerkrieg führten und damit einen Stellvertreterkrieg mit der Sowjetunion austrugen.

Trotz aller frauenbewegten Menschenrechts-Rhetorik wurden Frauen nicht in die vom Westen initiierten



„Nationbuilding“-Prozesse einbezogen. Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, stellte dementsprechend heraus: Vorrangig sei es, das Land zu kontrollieren. Hierfür müsse man „das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen auch einige Drogenbarone und Warlords sind, suchen.“ Die NATO-Truppen, so Rühl weiter, „können nicht auch noch [...] darauf dringen, dass Frauen unverschleiert auf der Straße gehen und Mädchen in die Dorfschule.“

Was entlarvt hier besser die diskursive Funktion feministischer Argumente als die Heuchelei der „humanitären“ Intervention im Namen jener Frauen, an deren Unterdrückung man zuerst mitarbeitete, um sie dann bei der Gestaltung der Postkriegs-Ära erneut auszuschießen?

Die Konstruktion der „fremden Frau“ als passives Opfer bewirkt eine Trennung zwischen den westlichen Frauen, die als die Norm inszeniert werden, und den Frauen aus nicht-westlichen Kontexten, die mittels der Attribute unterdrückt, traditionell, religiös, familiengebunden, nicht-emanzipiert et cetera. als die Besonderen/Minderen/Anderen dargestellt werden. Postkoloniale Theoretiker_innen kritisieren an westlichen Feminist_innen, dass sie Frauen aus nicht-westlichen Kontexten den Opfer-Status zuschreiben, um sie als Negativfolie zu gebrauchen und somit ein positives (emanzipiertes, fortschrittliches, unabhängiges) Selbstbild entwerfen zu können.

In diesen Debatten wird – so die postkoloniale Kritik weiter – Gewalt kulturalisiert, externalisiert und einer „fremden“ Kultur zugeschrieben. Das hat verschiedene Implikationen. Zum einen erlaubt dies der deutschen beziehungsweise europäischen Mehrheitsgesellschaft, das Problem nicht als ein eigenes anzuerkennen und sich von daher auch weniger damit auseinanderzusetzen. Zum anderen werden hier Bilder von patriarchalen Kulturen und kultureller Rückständigkeit reproduziert. Dies hat außen- und innenpolitische Funktionen für nationale Diskurse. Caspar unterstellt zwar permanent irgendwelchen nicht näher bestimmbar „Friedensforscher_innen“, sie seien völlig nationalistisch verblendet. Eine große Auslassung in seiner Polemik ist allerdings, inwiefern genau die „humanitären“ militärischen Interventionen, von denen er die Rettung unterdrückter Frauen erhofft, dazu dienen, uns auf die Nation einzuschwören (die wir im Übrigen genauso Scheiße finden).

Krieg macht Nation

Auch andere Gedanken zur Konstruktion einer homogenen deutschen Nation und der Nationalisierung der Gesellschaft durch deutsche Militäreinsätze haben wir dabei in der Argumentation des Debattencaspars vergeblich gesucht. Zu finden wären sie in den vielen Reden zum Afghanistankrieg von Kanzlerin Merkel und Co. in den letzten Monaten.

So erklärte zum Beispiel Merkel in ihrer Regierungserklärung zum Afghanistaneinsatz, dass deutsche Soldaten in Afghanistan um ihr Leben fürchteten, damit „wir“ in Deutschland nicht in Angst leben müssten. Verteidigungsminister zu Guttenberg betonte, dass im Afghanistan-Einsatz getötete Soldaten in der Gewissheit gestorben seien, „unserer Gesellschaft einen Schutz zu geben, dessen Bedarf wir erst zögerlich wahrzunehmen beginnen“. Deutlicher wird die Konstruktion bei den groß inszenierten Trauerfeiern. In ihrer Trauerrede am 9. April verneigte sich nicht nur die Kanzlerin vor den „gefallenen“ Soldaten, sondern „ganz Deutschland“. Dass dabei den Angehörigen im Namen der gesamten Bürger_innen der Republik das Beileid ausgesprochen wird, scheint mittlerweile selbstverständlich zu sein. Die Trauerfeiern, die in den letzten Monaten eine immer stärkere Standardisierung erfahren haben, sollten dabei als öffentliches Ereignis stilisiert werden, damit die Bevölkerung am Schicksal „ihrer“ „Gefallenen“ teilhaben könne. Ziel war es, die Trauer um die toten Soldaten fester in der Gesellschaft zu verankern. Zu Guttenberg betonte hierzu in seiner Rede bei der Trauerfeier in Ingolstadt: „Es mögen im 21. Jahrhundert immer noch viele nicht hören, aber es stimmt, dass in Afghanistan für unser Land, für dessen Menschen, also für jeden von uns gekämpft und gestorben wird.“

Was ist links?

Vielleicht ist es für den Debattencaspar alles andere als erstrebenswert links zu sein - so zumindest unser Eindruck nach der Lektüre seines Textes. Wir allerdings sind gerne links und verorten uns damit bewusst in einer linken Geschichte. Und dann entkommt man schwierigen Diskussionen, Widersprüchlichkeiten, komplexen Auseinandersetzungen und solchen Dingen eben nicht – solidarische Bezugnahmen entstehen doch genau aus solchen Debatten und uns jedenfalls machen sie Spaß!!<